

## BOTSWANA

### **Republik Botsuana**

Staatsoberhaupt und Regierungschef: Mokgweetsi Masisi

Die als Reaktion auf Covid-19 eingeführten Notstandsgesetze wurden zweimal verlängert und schränken das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung ein. Frauen und Mädchen waren zunehmend von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Das Asylrecht wurde eingeschränkt. Lizenzen für die Ölförderung bedrohten die Umwelt und die Lebensgrundlagen der indigenen Völker. Die Todesstrafe durch Erhängen wurde für Verbrechen, einschließlich Mord, beibehalten.

### **RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG, VEREINIGUNGS- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT**

Im April verlängerte der Präsident zum zweiten Mal seit seiner Einführung im April 2020 den öffentlichen Notstand. Die ebenfalls im Jahr 2020 eingeführten Bestimmungen des Notstandsgesetzes (Emergency Powers Act, EPA) untersagten weiterhin das Streikrecht und sahen eine Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis oder eine Geldstrafe von 100.553 BWP (etwa 9.250 US-Dollar) für jeden vor, der Informationen über Covid-19 "in der Absicht, die Öffentlichkeit zu täuschen", veröffentlichte.

Im Februar änderte der Staat die Anklageschrift des Oppositionssprechers Justice Motlhabane und der Journalisten Letsogile Barupi und Oratile Dikologang, die im April 2020 festgenommen und angeklagt worden waren, weil sie angeblich falsche Informationen über Covid-19 auf Facebook veröffentlicht hatten. Sie wurden in zwei Fällen wegen "Veröffentlichung mit der Absicht zu täuschen" gemäß den WPA-Vorschriften, in einem Fall wegen "Veröffentlichung alarmierender Aussagen" gemäß dem Strafgesetzbuch und in einem Fall wegen "beleidigender elektronischer Kommunikation" gemäß dem Gesetz über Cyberkriminalität angeklagt.

Im September wurde Reverend Thuso Tiego auf der Grundlage des Gesetzes über die öffentliche Ordnung verhaftet, nachdem er eine Demonstration organisiert hatte, auf der die Abschaffung der Amnesty International Bericht 2021/22 99 den Rücktritt des Präsidenten forderte. Mehrere andere Personen wurden verhaftet, als sie seine Freilassung forderten.

### **DISKRIMINIERUNG**

#### **GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT**

Im April berichtete das Botswana GBV Prevention and Support Centre (eine lokale NRO) über einen Anstieg der Gewalt gegen Frauen und Mädchen während der Covid-19-Pandemie.

#### **RECHTE VON FLÜCHTLINGEN UND MIGRANTEN**

Das Recht auf Asyl ist weiterhin stark eingeschränkt. Botswana nahm weniger Flüchtlinge und Asylbewerber auf als die meisten Länder Afrikas (674 Flüchtlinge und 58 Asylbewerber im September). Im April meldete das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR Bedenken an, nachdem die Behörden 57 simbabwische Flüchtlinge, die seit 2008 in Botswana gelebt hatten, abgeschoben hatten. Die Flüchtlinge hatten es versäumt, sich für eine freiwillige Rückführung zu registrieren, was im März zu ihrer zwangsweisen Abschiebung führte.

## **LGBTI – RECHTE**

Im November bestätigte das Berufungsgericht ein Urteil des Obersten Gerichtshofs, das ein Gesetz zur Kriminalisierung einvernehmlicher gleichgeschlechtlicher sexueller Beziehungen für verfassungswidrig erklärte.

## **WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND KULTURELLE RECHTE**

### **RECHT AUF GESUNDHEIT**

Im Juli und August kam es zu einer dritten Welle von Covid-19-Infektionen. Auf dem Höhepunkt hatte Botswana mit 668 positiven Fällen pro 100.000 Menschen (bei einer Bevölkerung von 2,3 Millionen) eine höhere Infektionsrate als jedes andere Land in Afrika.

### **UMWELTZERSTÖRUNG**

Im August meldete das Welterbekomitee der UNESCO seine Besorgnis darüber an, dass dem in Kanada ansässigen Bergbauunternehmen ReconAfrica Lizenzen für die Ölförderung in ökologisch sensiblen Gebieten des Okavango-Flussdeltas erteilt wurden. Das Komitee forderte die Regierung auf, dafür zu sorgen, dass alle weiteren Schritte zur Entwicklung des Ölprojekts "einer strengen und kritischen Vorabprüfung unterzogen werden, einschließlich einer gründlichen Umweltverträglichkeitsprüfung, die den internationalen Standards entspricht". Es wurde befürchtet, dass solche Projekte negative Auswirkungen auf die in dem Gebiet lebenden indigenen Völker haben könnten.

### **TODESSTRAFE**

Botswana gehört zu den wenigen Ländern des südlichen Afrikas, die die Todesstrafe verhängen.